


 Iris T-SLM System von Diehl Defense auf der ILA 2024
 Berlin, Foto von Matti Blume, CC by S.A. 2.0.

Die Zukunft ist olivgrün Der Umbau der Gesellschaft für das Kriegsgeschäft

von *Andreas Seifert*

Einleitung

Bis zum Jahr 2022 hatte die deutsche Rüstungsindustrie einen spezifischen Zuschnitt, der vor allem durch Fragmentierung und Spezialisierung gekennzeichnet war. Vieles davon ließe sich sehr gut anhand der historischen Entwicklungslinien erklären, wie auch, und das ist vielleicht sogar entscheidender, mit einer gar nie ernsthaft betriebenen Konzentrationspolitik in Deutschland. Nach 1990 ist die deutsche Rüstungsindustrie auf rund ein Viertel der Größe zu Hochzeiten des Kalten Krieges zusammengeschrumpft – bis 2010 geschätzt in etwa auf 100.000 Mitarbeiter*innen. Viele einstmals sehr engagierte Firmen sind komplett verschwunden, die Mehrheit jedoch ist nur kleiner geworden und hat ihre zivilen Marktanteile erhöht. In anderen Staaten hatten ähnliche Entwicklungen der sinkenden Nachfrage nach Rüstungsgütern wesentliche Konzentrationsprozesse nach sich gezogen – in Deutschland sind demgegenüber viele Spezialisten entstanden, die mit Teilen ihrer Produktion weiter in der Rüstung aktiv blieben. Wo an-

dere Staaten oft einen „Champion“ haben, der kaum etwas anderes macht außer Rüstung, gibt es in Deutschland eine Vielzahl von Unternehmen, die zum Teil in durchaus ähnlichen Spezialisierungen sowohl im zivilen Markt wie auch in der Rüstung aktiv sind, dafür aber ihre Produkte auch weltweit vertreiben.

Diese Vielfalt – je nach Zuschnitt bisweilen als Konkurrenz verkauft, die in einem kompetitiven Markt zu niedrigeren Preisen führen sollte – verursachte über die letzten dreißig Jahre vor allem massive Kosten im Prozess der Beschaffung von Rüstungsgütern und erhöhte die Komplexität ohnedies komplexer Waffensysteme weiter.¹ Hinzu kommt/kam, dass das absehbar nur moderat steigende Budget für Rüstung in Europa dazu führte, dass die Firmen kaum ein wirkliches Interesse an einem endgültigen Abschluss ihrer Projekte haben konnten – siehe Eurofighter, A400M oder jedes andere beliebige Großprojekt, das Jahre hinter seinem Plan hing.² Dadurch entstanden zusätzliche Kosten, die der Steuerzahler schon immer bezahlt hat. Es ist u.a. diese Un-Strukturiertheit

These 1: Die Rüstungsbranche profitiert vom Strukturwandel der Industrie in Deutschland – sie kompensiert weder dessen Folgen, noch vermag sie eine dauerhafte Perspektive zum Erhalt des Wohlstandsniveaus zu bieten, wenn es keinen neuen Krieg gibt.

These 2: Der Ausbau der Rüstungsindustrie wird wesentlich möglich gemacht durch den Abbau von etablierten Prozessen – durch selektiven Bürokratieabbau, insbesondere den Abbau von Umwelt- und Klimaauflagen, den präferierten Zugang zu Kapital und durch die aktive Beförderung von Rüstungsexporten.

These 3: Der Ausbau der Rüstungsindustrie geht einher mit der Ausbildung eines nationalen MIK – die Eigendynamik der Branche trägt zu ihrer Dominanz bei und wird mehr und mehr Bereiche der Gesellschaft durchdringen: Dies führt zu einer Militarisierung aller Ebenen.

These 4: Die Rüstungsindustrie zu fördern bedeutet heute, einer gerechten Gesellschaft, dem ökologischen Umbau der Ökonomie und der Möglichkeit, die Folgen des Klimawandels zu bearbeiten, die Ressourcen zu entziehen – die Priorisierung von Sicherheit verunsichert die Zukunft der Menschen nicht nur in Deutschland. Dies ist auch der Hebel, mit dem sie zu kritisieren ist.

und Fragmentierung, die es konzeptionell schwierig macht, von einem Militärisch-Industriellen-Komplex in Deutschland zu sprechen. Seit 2014, also nicht erst seit der Zeitenwende, hat aber eine Debatte um sich gegriffen, in der die Bundeswehr als „kaputtgespart“ und „nicht einsatzfähig“ gekennzeichnet wurde – die heutige Aufrüstungsdebatte und auch das Volumen der Aufrüstung findet hierin einen Anfang.

Hier möchte ich anhand von vier Eingangsthesen eine Annäherung an das Thema Rüstung heute versuchen.

These 1: Die Rüstungsbranche profitiert vom Strukturwandel der Industrie in Deutschland – sie kompensiert weder dessen Folgen, noch vermag sie eine dauerhafte Perspektive zum Erhalt des Wohlstandsniveaus zu bieten, wenn es keinen neuen Krieg gibt.

Die Globalisierung seit den 1990er Jahren und vor allem auch ihr partielles Zurückdrehen seit rund zehn Jahren setzt exportorientierte Entwicklungsmodelle wie das deutsche stark unter ökonomischen Druck. Dies trifft insbesondere die lokalen Standorte einer transnational organisierten Automobilindustrie. Krasse Fehlentscheidungen des Automobil-Managements insbesondere bei der Umstellung auf Elektromobilität, wie auch ein zunehmender Protektionismus, den man nicht nur an den Trumpschen Zolldrohungen sichtbar machen könnte, setzen vor allem das Geschäftsmodell Automobil unter Druck. Der hier künstlich hinausgezögerte Strukturwandel trifft nun umso härter. Einer Studie zufolge, die im Auftrag des Wirtschaftsministeriums 2020 erstellt wurde, wird die Beschäftigtenzahl innerhalb der Automobilindustrie (Produzenten, Zulieferer) auf rund 940.000 Beschäftigte errechnet.³ Zu diesen sind noch rund 640.000 im Bereich Handel und Werkstätten, sowie 650.000 in den Bereichen Vorproduktion und weitere abhängige Dienstleistungen zu rechnen. Das summiert sich auf rund 2,2 Mio. Menschen. Davon würden allein innerhalb der Automobilindustrie bis 2050 rund 170.000 Beschäftigte aufgrund der Umstellung auf Elektromobilität wegfallen, weitere 300.000 in den anderen beiden Bereichen. Der Verband der Automobilindustrie empfiehlt der Politik, sie

möge den Verbrenner noch ein wenig weiter retten, sodass ein Teil des Arbeitsplatzabbaus mit dem demografischen Wandel zusammenfällt und erträglich wird.⁴ Dass dies abstrakte Zahlen sind und sich insbesondere die Idee, dass sich ältere Arbeitnehmer*innen sozusagen automatisch zu einer Verschlankeung der Industrie „ausschleichen“, als Täuschung entpuppt, wird klar, wenn man sich die Verteilung dieser Arbeitnehmer*innen auf verschiedene Werke vor Augen hält ... sie werden als Ganzes oder in Abteilungen geschlossen, nicht in Alterskohorten. Wenn Bosch 13.000 weitere Mitarbeiter*innen abbaut, wie zuletzt angekündigt, dann wird das Ausmaß dieses Strukturwandels sichtbar. Die Einbrüche in den Absatzzahlen werden diesen Wandel absehbar beschleunigen.

Die Automobilindustrie setzt dabei Arbeitskräfte frei, die auch in der Rüstungsindustrie eine „gute“ Verwendung finden können. Einige Rüstungsunternehmen wie z.B. Rheinmetall haben auch in der Automobilzulieferung bereits Geschäftsanteile und können so Teile ihrer Belegschaft von einem in den anderen Bereich umsetzen. Wobei, und auch das sollte nicht verschwiegen werden, realisiert z.B. Rheinmetall einen Teil des Strukturwandels dadurch, dass die dann noch notwendigen Arbeitsplätze für die Zulieferung zu zivilen Industrien ins Ausland verlagert werden – also netto auch hier ein Arbeitsplatzverlust eintritt.⁵

Laut Bundesagentur für Arbeit sind im Zeitraum von Juli 2024 bis Juli 2025 in Deutschland 154.000 Industriearbeitsplätze verloren gegangen, gegenüber dem Vorjahr mehr als eine Verdopplung: 2023 bis 2024 lag der Verlust bei 65.000.⁶ Nicht wenige dieser Arbeitsplätze werden von den Unternehmen ins Ausland verlagert, um die Renditen zu halten.

Wirtschaftsmotor Rüstung?

Industrie und Handelskammern in Deutschland empfehlen ihren Mitgliedsfirmen den Versuch eines Engagements in der Rüstung als Chance infolge ausfallender Geschäfte an anderer Stelle. SPD-Wirtschaftsforum, IG-Metall und Rüstungslobby (BDSV) wollen darin sogar einen Motor sehen, der „unseren“ Wohlstand erhält.⁷ Laut ZDF entstehen so mittelfristig rund

100.000 neue Arbeitsplätze oder werden gesichert.⁸ Die argumentative Absicherung der Rüstungsexpansion wird gern mit „Studien“ belegt, die die reale Absorptionsfähigkeit der Rüstungswirtschaft überschätzen.

In einer fast schon legendären Studie von 2012 hat die Rüstungsindustrie z.B. bereits versucht, ihre volkswirtschaftliche Bedeutung darzustellen. Der BDSV (Bundesverband der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie) hat das WifOR Institut⁹ gebeten, diese Bedeutung groß zu rechnen: WifOR kam auf rund 98.000 Beschäftigte im Sicherheits- und Verteidigungsbereich und darüber hinaus auf die fantastische Zahl von weiteren 218.640 Beschäftigungsverhältnissen im indirekten und induzierten Bereich.¹⁰ Allerdings waren es demnach nur 3,9 Mrd. Euro Produktionswert, die tatsächlich mit Waffen, Waffensystemen und Munition erwirtschaftet wurden – von einem Gesamtproduktionswert der Branche von 18,7 Mrd. Euro.¹¹ Zum Vergleich die Zahl der „realen Wertschöpfung“ der Automobilindustrie 2011: 93 Mrd. Euro¹². In einer ebenso interessanten wie verwirrenden Studie hat die Unternehmensberatung PricewaterhouseCooper (PwC) 2023 für den BDLI (Bundesverband der Luft- und Raumfahrtindustrie) herausgefunden, dass die Ausgaben des Bundes für die 4. Tranche des Eurofighter sich über das Steueraufkommen aus dem Programm nahezu selbst finanziert. Kernaussage: „Der Rückfluss an Steueraufkommen in den deutschen Staatshaushalt beträgt 66 % im Vergleich zu den einstigen [...] Beschaffungskosten.“¹³ Der Eurofighter sichere demnach rund 25.000 Arbeitsplätze allein in Deutschland. Auf jeden hier investierten Euro seien 26 % zusätzliches Steueraufkommen zu erwarten.¹⁴ Für 2020 hat das Institut der deutschen Wirtschaft in einem Branchenporträt der Rüstungsindustrie in Deutschland (bzw. ihren Zuschnitt der Rüstungsbranche) auf rund 55.000 Beschäftigte beziffert und die Umsatzzahl für den engeren Rüstungsbereich auf rund 11,28 Mrd. Euro – und sogar einen Rückgang von fast 400 Mio. gegenüber dem Vergleichsjahr 2015 festgehalten.¹⁵

Je nachdem, wie man die Grenzen der Branche definiert und welches Ziel man verfolgt, kommen also sehr unterschiedliche Beschäftigten- und Umsatzzahlen heraus. Auffällig ist, dass die Industrie selbst bemüht ist, ihren „Wert“ für die Gesamtwirtschaft hoch zu rechnen. Bisher hat die Branche, da sind sich die unterschiedlichen Ansätze durchaus einig, gut die Hälfte ihrer Umsätze durch den Export erzielt.

Ziel der bisher genannten Untersuchungen war es also nicht, ein realistisches Bild der Branche zu zeichnen, sondern mit ihnen ging der Wunsch einher, die Politik in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen. Die Rüstungsindustrie wollte (noch in Zeiten „knapper“ Rüstungshaushalte) ihre Bedeutung verdeutlichen, um weiteren Einsparungen zu entgehen – sie wollte auf die Verbesserung von Bedingungen ihres Wirtschaftens drängen: (vor allem!) Exporterleichterungen, Zugang zu preiswerten Finanzierungsmöglichkeiten, etc. Sie nahm und nimmt immer noch gern für sich in Anspruch, mit ihren massiven Investitionen in Forschung und Entwicklung

nicht nur den Forschungsstandort Deutschland zu fördern, sondern auch einen Beitrag zur „Sicherheit“ des Landes zu leisten. Seit der „Zeitenwende“ hat sich dieser Trend leicht verändert – Exporterleichterungen stehen z.B. derzeit aufgrund der „guten“ nationalen Auftragslage nicht mehr ganz oben auf der öffentlichen Agenda.¹⁶ Stattdessen rückte bei vielen – mal mehr, mal weniger ausgeprägt – die Abgrenzung einer „nationalen“ Wirtschaftsbasis gegenüber einer „Abhängigkeit“ vom Ausland in den Vordergrund (USA was Waffensysteme und Technik, VR China was Rohstoffe und Vorprodukte betrifft).

Diese Betonung nationaler Souveränität, wie sie beim Strategiepapier des SPD-Wirtschaftsforums, der IG-Metall und dem BDSV Anfang 2024 gleich im Titel steht – „Souveränität und Resilienz sichern“¹⁷ –, wird als Chance begriffen, mehr von den als unvermeidlich angesehenen Staatsausgaben für Aufrüstung abzubekommen. Hier wird argumentiert, dass Exportbeschränkungen fallen müssen, damit Deutschland als „sicherer“ Zulieferer angesehen wird, dass langfristige Bestellzusicherungen durch die Bundesregierung erfolgen müssen, damit Unternehmen sicher planen und investieren können, dass Umweltauflagen eingestampft werden müssen, da sie einen wirtschaftlichen Nachteil in der Kostenkalkulation darstellen, und dass die Bundesregierung prioritär deutsche Hersteller bedenken soll. Das Trio wiederholt zudem die in der PwC-Studie genannten Zahlen und Hoffnungen auf die Rüstungsindustrie als Jobmotor.

Eine Studie der DekaBank und EY geht hier noch einen Schritt weiter. Der „Megatrend“ einer konjunkturunabhängigen, hochprofitablen Rüstung sollte von Anlegern genutzt werden, wie es verräterisch im Vorwort des Bank-Vorsitzenden heißt.¹⁸ Die am Kapitalmarkt finanzierte Aufrüstung werde dabei, so die Studienmacher, über die gesamte Lieferkette betrachtet einen Produktionswert über der eigentlich eingesetzten Investitionssumme erzeugen, der sich dann positiv auf die Gesamtwirtschaft auswirke. Explizit wird errechnet, dass jeder eingesetzte Euro einen Produktionswert zwischen 1,74 und 2,18 Euro erzeuge, wovon zwischen 1,54 und 1,94 Euro innerhalb von NATO-Europa stattfinde. Die Studienmacher gehen davon aus, dass eine Erhöhung des Budgets über ein bestimmtes Maß hinaus dazu führen wird, dass man proportional mehr in den USA bestellen wird. Die zu schließenden „Lücken“ im Arsenal der Europäer werden besser von US-Firmen abgedeckt, denn von Europäern, was den „Wertschöpfungseffekt“ in Europa limitiert. Insgesamt ergibt sich aber pro eingesetztem Euro eine Bruttowertschöpfung, also ein positiver Effekt auf das BIP, von rund 75 Cent.¹⁹ In Arbeitsplätze übersetzt bedeutete dies, dass wenn man die Verteidigungsausgaben in Europa auf 3 % BIP steigere, rund 400.000 Arbeitsplätze in der Rüstung gesichert bzw. geschaffen würden – zuzüglich weiterer 652.000 Arbeitsplätze in den Zuliefernden Industrien, in der Wartung und im Service, ganz zu schweigen von weiteren 295.000 induzierten Arbeitsplätzen ... den Studienmachern ist an dieser Stelle die Euphorie über

Prognosen zur Entwicklung der Rüstungsindustrie

WifOR 2012



Institut der Deutschen Wirtschaft 2020



EY/DEKABank 2025



die Rechenkunst durchgegangen, weshalb sie diese Zahl dann auf 1,3 Mrd. statt 1,3 Mio. Arbeitsplätze aufsummierten.²⁰ Wohlgermerkt für ganz Europa! Die größten Zuwächse an zusätzlichen Arbeitsplätzen könnte es in Großbritannien, Deutschland und Polen geben. Auch die US-Wirtschaft würde wesentlich von diesen Ausgaben profitieren, da fast ein Drittel aller Ausgaben auf US-Produkte entfallen würden. Heruntergebrochen auf Deutschland rechnet die Studie bei einer Steigerung der europäischen Verteidigungsausgaben auf das 3 %-Ziel mit rund 137.000 Beschäftigten in der Rüstungsindustrie – allein die deutschen Militärausgaben sichern hiervon rund 50.000 ab.

Rüstung als Verschwendung

Einen etwas anderen Ansatz wählt Ethan Ilzetzki, der für das Institut für Weltwirtschaft in „Guns and Growth“ (im Deutschen ein wenig weniger mitreißend: „Waffen und Wachstum“) die Ehrenrettung von Investitionen in die Rüstung versucht.²¹ Mit einer Reihe von historischen Parallelen (aus dem anglophonen Raum) arbeitend, evaluiert er den Forschungsstand zu den Effekten von Rüstung auf die Gesamtwirtschaft und kommt zum Schluss, dass es in der Regel für die Wirtschaft nicht schädlich ist, wenn Staaten Aufrüstung betreiben, auch wenn die Punkte, wo diese sich explizit positiv auf die

Wirtschaft auswirkt, ein wenig konstruiert zu sein scheinen.²² Insbesondere dann, wenn die Aufrüstung nicht aus den Steuermitteln bezahlt wird, sondern am Kapitalmarkt über Schulden finanziert wird, kann Aufrüstung aus seiner Sicht einen positiven Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben – hantiert wird mit einer Zahl von 0,9 % bis 1,5 % BIP-Wachstum durch gesteigerte Rüstung.²³ Er liefert Argumente dafür, dass man (als Europäer) die eigene (Wehr-)Wirtschaftsbasis fördern sollte, um umfangreicher von dem durch den Kauf von Militärgütern bereit gestellten Mitteln zu profitieren. Er spricht eine Warnung aus, feste BIP-Anteile als Bemessungsgrundlage für die Rüstung (wie beispielsweise das anvisierte 3,5 %-Ziel der NATO) anzusetzen: „Durch die Festlegung von Ausgabenzielen wird das Ziel ‚Geld in die Hand zu nehmen‘, was weder die Beschaffung angemessener Rüstungsgüter sicherstellt, noch Anreize für Kosteneinsparungen schafft.“²⁴ Er empfiehlt demgegenüber eine Festlegung, was an Ausrüstung oder Waffen anzuschaffen ist, um dann auch ein ggf. höheres Budget bereitzustellen. Von einer BIP-Vorgabe entkoppelt, könnte ein Budget auch höher ausfallen (als die 3,5 %) und wäre von den BIP-Schwankungen befreit.

Mit dieser Studie knüpft Ilzetki nahezu nahtlos an die bereits 2024 vorgelegte Studie aus dem gleichen Haus zur notwendigen Aufrüstung in Deutschland an: „Kriegstüchtig in Jahrzehnten“.²⁵ Wie diese hat auch Ilzetki ein paar Tipps bereit, wie man Beschaffung effektiver machen kann – z.B. indem man kompetitive Forschungs- und Beschaffungsaufträge vergibt und schaut, welche Firmen welche gute Lösung anbieten und zu welchem Preis (Vorbild USA). Die Studie von 2024 empfahl hier, sich auch die Verfahren des „Rüstungswunders“ von 1941, initiiert von Albert Speer, noch einmal anzuschauen, um Unternehmen zu kostengünstigen Lösungen anzuhalten (anreiz-kompatible Verträge).²⁶

Als Gegengewicht zu diesen Studien, die einen Segen in „mehr Geld für Rüstung“ erkennen können, sei auf die an der Universität Mannheim erstellte Untersuchung von Tom Krebs und Patrick Kaczmarczyk verwiesen.²⁷ Sie sind deutlich skeptischer, was die unmittelbaren positiven Effekte der Steigerung von Rüstungsausgaben in Deutschland anbelangt und hinterfragen den behaupteten Automatismus von Kosteneinsparungen durch größere Bestellmengen – mehr noch:

„Die deutsche Rüstungsindustrie ist derzeit stark ausgelastet und der Wettbewerb ist aufgrund von intransparenten Vergabepraktiken gering. Jeder zusätzliche Euro an staatlichen Aufträgen wird also die Preise der Rüstungsgüter und die Gewinne der Rüstungsunternehmen merklich anheben, und somit den Effekt auf die Produktion verringern. Der mehr als zwanzigfache Anstieg des Aktienkurses des Rüstungsherstellers Rheinmetall seit Beginn des Krieges in der Ukraine unterstreicht, dass Investoren hohe Gewinnerwartungen für die deutsche Rüstungsindustrie haben, die nur mit entsprechenden Preissteigerungen verwirklicht werden können.“²⁸

In den Berechnungen der Studienmacher erbringt jeder eingesetzte Euro in den bisherigen Aufrüstungsszenarien gerade

einmal 50 Cent oder weniger an realem Produktionswert – was letztlich schon ein recht krasser Unterschied zu den z.B. von DekaBank und Ey errechneten Werten ist. Dabei ist es nicht so, dass die Autoren hier die möglichen positiven Effekte einer wachsenden Rüstungsindustrie nicht sehen wollen – Arbeitsplatzsicherheit, ggf. langfristige positive Effekte durch F&E, etc. – vielmehr sehen sie den Fiskalmultiplikator aber deutlich geringer als z.B. bei Investitionen in Infrastruktur (Fiskalmultiplikator 2) oder in den Ausbau von Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen (Fiskalmultiplikator 3) wohingegen bei ihnen die Rüstung auf einen Fiskalmultiplikator von 0,5 kommt. Insofern muss die Gesellschaft aus ihrer Sicht abwägen, in welche Bereiche investiert wird, bzw. müssen die offensichtlichen Hemmnisse innerhalb der Rüstung beseitigt werden, damit ein besseres Verhältnis entsteht – explizit wird hier auch der Gedanke einer Beteiligung des Staates an den Rüstungsunternehmen ins Spiel gebracht.²⁹

Die kurzfristigen scheinbar positiven Effekte der Aufrüstung sind letztlich schnell benannt:

- Die Rüstungsindustrie wird wachsen und damit auch zum BIP beitragen – ihr Beitrag wird sich gegenüber dem augenblicklichen Stand erhöhen –, ob er aber in dem Umfang anwächst, wie einige vermuten, darf bezweifelt werden.
- Die Rüstungsindustrie wird einige der Arbeitskräfte absorbieren, die andere (namentlich die Automobilindustrie) auf die Straße setzen – doch hier gibt es einen großen Nettoverlust an Arbeitsplätzen –, die Schätzung von 150.000 „neuen“ Arbeitsplätzen in der Rüstung ist bereits zu optimistisch, Investitionen in andere Branchen würden mehr Arbeitsplätze schaffen.
- Die Zulieferindustrie, die bisher schon im Bereich Rüstung aktiv ist, wird ihren Anteil daran erhöhen; ob dies aber reicht, um Ausfälle an anderer Stelle (z.B. bei der Zulieferung zur Automobilindustrie oder im Bereich Konsumgüter) zu kompensieren, muss ausdrücklich bezweifelt werden.
- Zusätzliche neue Arbeitsplätze werden nur begrenzt in wenigen neuen Technologiefeldern entstehen.

Zudem, und dies ist sicherlich eines der bedrohlicheren Elemente der jetzigen Debatte, sind diese „Beschäftigungseffekte“ nur dann dauerhaft realisierbar, wenn sich die Etats verfestigen. D.h. die Priorisierung von Rüstung auf Schuldenbasis wird dann, so steht zu befürchten, so lange weiter fortgeführt, bis alle anderen Bundesetats auf eine Zwergenmaß zurechtgestutzt sind und man innerhalb des Bundeshaushaltes die „Bedürfnisse“ des Militärs abbilden kann. Die Ausweitung des Exports von Waffen kann in diesem Szenario ebenfalls positiv wirken – so man die moralischen Bedenken gegen Rüstungsexporte hinter sich lässt. Zuletzt machte z.B. der Beraterkreis im Bundeswirtschaftsministerium bestehend aus Rene Obermann (ex-Telekom, Airbus), Nico Lange („Experte“ Münchner Sicherheitskonferenz), Joachim von Sandrart (ex-General) und Moritz Schularick (Kieler Institut für Weltwirtschaft) mit einem Strategiepapier genau eine solche Position zu ei-

nem möglichen Kriterium einer Auftragsvergabe: die Exportfähigkeit!³⁰

These 2: Der Ausbau der Rüstungsindustrie wird wesentlich möglich gemacht durch den Abbau von etablierten Prozessen – durch selektiven Bürokratieabbau, insbesondere den Abbau von Umwelt- und Klimaauflagen, den präferierten Zugang zu Kapital und durch die aktive Beförderung von Rüstungsexporten.

Der politische Wunsch nach mehr Rüstung im eigenen Land, nach der Auffrischung der eigenen rüstungsindustriellen Basis, ist keine wirtschaftspolitisch sinnvolle Maßnahme – im Gegenteil. Dennoch wendet der Staat nicht nur finanzielle Ressourcen auf, sondern ist auch bereit, für dieses Ziel einen gezielten Abbau von Bürokratie und rechtlichen Leitplanken zu betreiben, wie er auch bereit ist, Wertedebatten der letzten Jahre wieder zurückzudrehen. Dabei ist die selektive Rücknahme z.B. von Umweltauflagen mittelfristig auch anderen Unternehmen nicht zu versagen – d.h. der Umbau zugunsten einer Rüstungsindustrie gerät zu einem Umbau von Gesetzgebung und der Rücknahme von Auflagenkatalogen im Bereich von Arbeits- und Umweltrechten. Die Rüstungsindustrie in dieser Form zu hofieren, bedeutet in erster Linie, ihr und ihrem keineswegs gemeinwohlorientierten Treiben freie Bahn zu lassen. Der Abbau von Kontrollmechanismen nützt nicht der Effektivierung von Prozessen, sondern ist eine Begleiterscheinung einer gewollten Militarisierung.

Kontrollverlust in Kauf genommen

Bausteine der letzten Zeit sind hier z.B. das Bundeswehrförderungsgesetz in Bayern (und anderer die auf diesem Pfad folgen werden), die Bürokratiebeschleunigungsgesetze, die vordergründig die Beschaffungsbürokratie des Bundes betreffen, aber auch oft Eingriffe in andere Gesetzesbereiche darstellen, wie z.B. in das Luftfahrtverkehrsgesetz. Die Priorisierung von Rüstungswirtschaft, die z.B. beim sogenannten Tariftreuegesetz ausgenommen wird, oder dass nun auch die Waffenproduktion in die Nachhaltigkeitskriterien der EU für Investitionen hineingerechnet wird, sind weitere Elemente, die diesen Trend sichtbar machen. Mit der zunehmenden Sonderstellung von Bundeswehr und Rüstungsindustrie in den gesetzlichen Vorgaben gehen zudem Einspruchs- und Mitspracherechte auf lokaler Ebene verloren.

Im Bayerischen Bundeswehrförderungsgesetz, das einen gewissen Vorbildcharakter eingenommen hat, sind beispielsweise neben den auch in der Öffentlichkeit diskutierten Geboten zur Kooperation von Hochschulen mit dem Militär – also die faktische Abschaffung der Forschungsfreiheit und Zivilklauseln³¹ – auch Regelungen enthalten, die wesentlich in die bestehenden lokale Hoheiten und Befugnisse eingreifen.³² So soll das Baurecht dergestalt angepasst werden, dass auf Bundeswehrliegenschaften weitgehend frei von baurechtlichen

Vorgaben durch die sie umgebende Gemeinde gebaut und umgestaltet werden darf. Insbesondere Lärmschutz, Umweltschutz aber auch der Denkmalschutz sollen den Notwendigkeiten der militärischen Nutzbarkeit unterworfen werden – Gemeinden und Anliegern sind in ihren Bedürfnissen damit nachrangig und ggf. den Entscheidungen der Bundeswehr und deren Konsequenzen ausgeliefert. Bestimmte Bauvorhaben sind demnach keiner weiteren Begutachtung oder gar Genehmigung vorzulegen. Insbesondere was den Denkmalschutz anbetrifft, ist hier auch ein gesamtgesellschaftliches Gut betroffen und der Bundeswehr wird ein Freibrief ausgestellt, sich der Erinnerungskultur zu entledigen, wo sie stört, oder sie gar so anzupassen, dass sie anderen Erinnerungszielen dienen kann. Wie die Entmachtung lokaler Einspruchsmöglichkeiten aussehen, wird deutlich, wenn man sich die Überlegungen zum „Bau-Turbo“ in der Bundesgesetzgebung vor Augen führt.³³ Relevant sind dort beispielsweise die bisher begründeten engen Vorschriften bei der Lagerung von Sprengmitteln und der Verarbeitung derselben. Nun möchte die Bundesregierung, dass die Industrie und das Militär Lager- und Produktionsstätten im Außenbereich errichten können und die Kommunen bei einer Versagung der Genehmigung (aus welchen Gründen auch immer) übergangen werden können. Wenn die Bundeswehr die Errichtung eines Sprengstofflagers plant, so kann das Verteidigungsministerium und die Landesregierung die Kommune in ihrem Votum überstimmen. Hier wird deutlich, dass es im Zweifel gar nicht um eine „Beschleunigung“ von Prozessen geht, sondern darum, eigentlich nicht genehmigungsfähige Projekte umzusetzen. Die im Oktober 2025 angekündigte Rücknahme bereits zur Konversion freigegebener Liegenschaften durch die Bundeswehr ist ein ähnlicher Prozess, der in seiner Pauschalität lokale Belange nicht nur übergeht, sondern ihre ggf. schon durchgeführten Planungen nullifiziert. Einspruchsmöglichkeiten durch die Kommunen werden von vorn herein ausgeschlossen: sie sind von nun an der „Gnade“ der Bundeswehr ausgesetzt.³⁴

Ein krasses Beispiel, wie lokale Bedürfnisse fürderhin übergangen werden, ist der Ausbau des Sprengkapselwerkes in Troisdorf (NRW), das nicht gegen den lokalen Widerstand durchgesetzt wurde, sondern schlicht an ihm vorbei.³⁵ Das jetzt schon bestehende Einspruchsrecht der Bundeswehr gegenüber zu errichtenden Windkraftanlagen, ist ein anderes Beispiel, wie neue Regeln, lokale Planungen durchkreuzen – im Falle von Nordrheinwestfalen führt dies dazu, dass die Energiewende unmittelbar in Gefahr gerät.³⁶ Die staatlich verordnete oder tolerierte Missachtung von Bevölkerungswünschen ist auch bei der industriellen Konversion erwartbar bald die Regel.

Einzelne Bundesländer, beispielsweise Baden-Württemberg, gehen noch einen Schritt weiter. So galt für die Bundeswehr in gewissem Rahmen schon bisher eine Aufnahme von förmlichen Bauantrags- und Genehmigungsverfahren für ihre Bauprojekte auf ihren Liegenschaften. Ähnlich wie im Mitteilungsverfahren für Eigenheimbauten war die Anzeige eines

Bauvorhabens ausreichend und damit die Erklärung abgegeben, dass das Vorhaben die einschlägigen Vorschriften der Bauordnungsordnung erfüllt. Nun soll auch dies entfallen. Die Bundeswehr, so sieht es der am 16. Dezember 2025 vom Ministerrat beschlossene Entwurf des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen vor, soll pauschal von allen „materiell-rechtlichen Vorschriften“ befreit werden. Was und wie auch immer also die Bundeswehr meint für die Landesverteidigung bauen zu wollen, sie darf es:

„Wir befreien die Bundeswehr beim Bau von Anlagen, die der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands dienen, von allen materiell-rechtlichen Vorschriften des Landes. Das betrifft unter anderem das Bauordnungsrecht, das Denkmalrecht, das Straßenrecht, das Wasserrecht und das Naturschutzrecht.“³⁷

Bayern möchte überdies, dass sich Landesbehörden die „Verteidigung“ stärker zu Eigen machen und bei allen Vorhaben „mitdenken“. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass die leitende Bürokratie angewiesen wird, priorisiert Projekte zu bearbeiten, die in einer gewissen militärischen Relevanz stehen. Der Abwägungsprozess, bildlich gesprochen, ist dann: Nützt der Brückenneubau auch dem Militär oder der Rüstungsindustrie, oder nur der Landbevölkerung? Hier sind interessante Kämpfe um die Relevanz von Infrastrukturprojekten vorprogrammiert ... nein, sie sind dann schon entschieden.

Die Besonderheit des bayerischen Falls ist, dass hier nicht nur an das Militär (Bundeswehr) gedacht wurde, sondern auch an die Industrie. Der auf einer Kabinettsitzung am 21. Oktober 2025 auf den Weg gebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Verteidigungsindustrie sieht viele Ausnahmen von Landesgesetzen vor – wiederum auch des Natur-, Umwelt- und Denkmalschutzes. Bayern will sich auch im Bereich der Forschung und Erprobung eine Stellung verschaffen und sieht die Einrichtung eines „Defense Lab Erding“ vor, wie auch weiterer Geldquellen eröffnet werden.³⁸ Nicht nur hier wird deutlich, dass das bayerische Interesse an der Rüstung nicht dem bekundeten freiheitlichen Patriotismus entspringt, sondern vor allem ökonomisch begründet ist: Mehr Geld für Rüstung bedeutet mehr Geld für Bayern. Auch ein Patriotismus.

Beschaffungsreformen

Diese Form des „Bürokratieabbaus“ ist aber nicht nur auf das Schaffen vorteilhafter äußerer Bedingungen für Rüstung und Militär beschränkt, sondern auch auf die Aufweichung von gesetzlichen Bestimmungen, die bisher dazu da waren, Korruption und Verschwendung zu limitieren. Der Staat setzt sich mit seinen „Reformen“ in der Beschaffung z.B. selektiv über die von ihm selbst aufgestellten Regeln für einen „fairen Wettbewerb“ hinweg und schafft sich die Voraussetzungen für die freie Vergabe von Aufträgen an bevorzugte Unternehmen. Besonders sichtbar ist dies am „Gesetz zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr“³⁹, in dem sich der Auftraggeber Bundeswehr die Freiheit nimmt, frei

von den EU-Grenzwerten, ab denen eine EU-weite Ausschreibung zwingend ist, frei auch von anderen Wettbewerbsbeschränkungen oder der Vergabeverordnung und dem Haushaltsrecht Beschaffungen zu tätigen und Aufträge für z.B. Bauleistungen etc. beliebig zu vergeben. Auch die bereits in den allgemeinen Verwaltungsvorschriften hinterlegte Maßgabe klimafreundlicher Leistungen, wird kurzerhand damit ausgehebelt. Dies ist ebenfalls ein Element von „whatever it takes“ des Kanzlers.

Darüber hinaus kann die Bundeswehr auch dann eine Auftragsvergabe einleiten, wenn sie noch gar kein Modell der eigentlichen Finanzierung hat. Bildlich gesprochen ist das so, als ob ein Einkäufer über die Waffenmesse läuft und einfach mal den Korb vollmacht, um am Ende eine (ggf. ungedeckte) Kreditkarte auf den Tisch zu legen. Weitere Ausnahmen betreffen beispielsweise die Beauftragung ganzer Lose ohne weitere Prüfung möglicher Unteraufträge. So entsteht z.B. die Möglichkeit, dass zum Bau einer Kaserne ein Generalunternehmer gebeten wird, der weder seine eigene Unterbeauftragung mehr offen legen noch über die Wirtschaftlichkeit dieser Unterbeauftragung Auskunft geben muss. Die Vorgabe der losweisen Vergabe sollte einmal sicherstellen, dass z.B. auch lokale Handwerker eine Chance haben, beim Bau lokal angesiedelter Kasernen beteiligt zu sein und so auch die Kommune daran „verdienen“ kann – es ist eines der Elemente, mit denen man ggf. auch lokalen Widerstand gegen den Kasernenbau abfangen und kanalisieren kann. Es entsteht der Eindruck, dass man auf solche Gesten lokaler Verankerung verzichten kann.

Entscheidend bei dem Gesetzespaket ist aber, dass sich die Bundeswehr als Auftraggeberin im Falle einer Klage durch einen Konkurrenten des Auftragnehmers in eine Position rückt, in der sie ihre eigene Vergabe nicht mehr prüfen lassen muss. Bisher galt – und das war durchaus auch dysfunktional –, dass sich ein Konkurrent bei Nichtberücksichtigung seines Angebotes an ein Gericht wenden und auf Gleichbehandlung pochen bzw. das Beschaffungsverfahren an der Stelle stoppen konnte. Diese Fälle hatte es wiederholt gegeben, wie z.B. bei der Beschaffung der Bundeswehr Standard-Gewehre, wo Heckler&Koch die Vergabe an Haenel hinterfragen und erst nach fünf Jahren für sich entscheiden konnte. Ein jüngeres Beispiel wäre die Vergabe der Beschaffung von Bergepanzern an Rheinmetall statt an die Flensburger Fahrzeugwerke. Die FFG produziert den „Wisent“ für rund 11 Mio. Euro das Stück, Rheinmetall seinen „Büffel“ für 20 Mio. Euro – funktional scheinen beide Modelle gleichwertig. Trotz des offensichtlichen Preisvorteils erhielt Rheinmetall den Zuschlag: bei 23 Stück immerhin 207 Mio. Euro Mehraufwand. Die Begründung der Bundeswehr in diesem Falle: Man wollte einen gleichen Ersatz für die an die Ukraine abgegebenen Fahrzeuge haben.⁴⁰ Böse Zungen sehen hierin auch eine Industriepolitik, die dem Platzhirsch Rheinmetall weiterhilft, seine Marktmacht auszubauen.⁴¹

Grundtendenz Militarisierung

Die Grundtendenz dieser jüngsten Gesetze und Gesetzesinitiativen ist es, den Staat selbst auf die Erfüllung militärischer Bedürfnisse zuzuschneiden. Immer mehr Lebensbereiche werden daran ausgerichtet. Dieser Trend wird sich auch in der unmittelbaren Daseinsfürsorge, wie z.B. dem Gesundheitssystem oder auch dem Katastrophenschutz, aber auch in der Infrastrukturpolitik fortsetzen. Die zivil-militärische Zusammenarbeit wird konzeptionell an den Bedürfnissen des Militärs und seiner Agenten ausgerichtet, nicht an den Bedürfnissen lokaler Bevölkerungen.⁴²

Auch auf EU-Ebene ist diese Grundtendenz zu beobachten – wohlgermerkt nicht nur in den Konzepten der generellen Aufrüstung, also der Bereitstellung für Gelder aus den verschiedensten, bisher und eigentlich ausschließlich zivilen Förderrichtlinien.⁴³ Ganz entscheidend ist die (endgültige) Auflösung der Grenzen zwischen zivilen und militärischen Zweckbestimmungen.

Bemerkenswert ist dabei vor allem die Aufhebung des bisher geltenden Ausschlusses von militärischen oder rüstungsbezogenen Investitionen in den Nachhaltigkeitszielen. In der ursprünglichen Formulierung dieser Nachhaltigkeitskriterien war der Verteidigungssektor teilweise ausgeschlossen, was auch einen bevorzugten Zugang zu Krediten der Banken ausschloss – Rüstung „musste“ über nicht begünstigte Kredite finanziert werden, was insbesondere der Rüstungsindustrie schon immer ein Dorn im Auge war, weil es die Hürden für eine Finanzierung und das Risiko erhöhte. Nun ist es für diese möglich, preiswerter an Kredite zu kommen und Rüstungstitel dürfen auch wieder in als „nachhaltig“ charakterisierte Aktienfonds etc. integriert werden.

Schließlich, und dies scheint ein willkommenes Nebeneffekt des Geredes der Kriegstüchtigkeit zu sein, wird Widerstand gegen jeden einzelnen dieser Aspekte diffamiert und damit auch einer vorauseilenden Strafverfolgung anheimgestellt. Der „Schutz“ der Rüstungsindustrie mündet auch in die polizeiliche Begleitung des Protests gegen sie. Dies wird, so steht zu erwarten, vor allem dann relevanter werden, wenn soziale Einschnitte bestehende Ungleichheiten vertiefen. Lokaler Widerstand wird dann nicht nur, wie schon jetzt allenthalben, medial totgeschwiegen, er wird zunehmend auch einer systematischen Diffamierung ausgesetzt sein.⁴⁴ Bereits jetzt wird Konformität eingefordert und abweichende Argumente bekommen keine Aufmerksamkeit mehr.

These 3: Der Ausbau der Rüstungsindustrie geht einher mit der Ausbildung eines nationalen MIK – die Eigendynamik der Branche trägt zu ihrer Dominanz bei und wird mehr und mehr Bereiche der Gesellschaft durchdringen: Dies führt zu einer Militarisierung aller Ebenen.

Ingar Solty von der RLS postulierte für die Zeitung gegen den Krieg die Ausbildung eines militärisch-industriellen Komplexes

in Deutschland, wie es ihn für die USA bereits gibt. Er folgert weiter: „Ein militärisch-industrieller Komplex muss sich aber ständig neue Gefahren schaffen und Möglichkeiten, die geschafften Waffenarsenale wieder zu zerstören. Das bedeutet – der US-militärisch-industrielle Komplex macht es vor – Krieg, ja Krieg in Permanenz.“⁴⁵ Die Referenz hier ist die Verschränkung des Militärs oder militärischer Einheiten mit der sie beliefernden Industrie und der Politik mit dem Zweck der eigenen Existenzabsicherung, ggf. frei von einer tatsächlichen Notwendigkeit zur Rüstung oder Verteidigung angesichts einer „realen“ Bedrohung. Ein MIK wirkt dabei tief in das politische System hinein, um seine Ansprüche ständig auszubauen und im Wettstreit mit anderen Ressorts um die Ressourcen des Staates zu bestehen. Die Akteure des MIK bedienen sich dabei der Aufrechterhaltung eines hohen Bedrohungslevels durch immer neue Szenarien äußerer Bedrohung, um neue Waffen, mehr Personal und tiefe Eingriffe in die Forschungslandschaft zu erwirken. In diesem Modell gedacht ist es, wie es Solty auf den Punkt bringt, zwangsläufig, dass jedwede Krise willkommen ist und gar neue geschaffen werden müssen, um die Mühlen neuer Beschaffungen und Produktion aufrecht zu erhalten. Es ist das gemeinsame Interesse von Militär und Industrie, Ängste zu schüren und das Bedürfnis nach mehr Aufrüstung aufrecht zu erhalten. Im Zweifel zieht „man“ dafür auch in den Krieg (bzw. lässt andere in den Krieg ziehen).

Von der Lobby zum MIK

Ob man sich diesen MIK als eine konkrete Gruppe von Menschen vorstellt, die miteinander abgesprochen dieses Ziel verfolgen, oder doch eher als ein über das gemeinsame Interesse definiert, strukturell gleich handelndes loses Konstrukt von Akteuren, ist dabei nicht entscheidend. Fakt ist, dass die Bereiche Militär und Rüstungsindustrie über ein vielfältiges Netzwerk von konkreten Personen, die in ihren Biographien sozusagen links und rechts der Linie tätig waren, verschränkt sind – auch und gerade auch in Deutschland.

Lobbykritiker, wie beispielsweise Philipp Steeg von Greenpeace, haben schon vor längerer Zeit aufgezeigt, dass ein Merkmal dieser Verbindung von Militär, Rüstungsindustrie und auch des Politikbetriebes ist, dass Personal von einem Bereich in einen anderen wechselt, aber eben auch oft alle alten Verbindungen dabei aufrecht erhält.⁴⁶ Dabei beeinflusst der Lobbyismus dieser Art nicht nur die Entscheidungen des Bundestages und damit der generellen Beschaffungspolitik, sondern er setzt auch gezielt an den einzelnen Abschnitten von Beschaffungsprozessen an. Jeder Schritt, von der Feststellung des (militärischen) Bedarfs über die Formulierung von Anforderungsprofilen, die dann wiederum in konkrete Ausschreibungen münden, bis hin zu den Prüfprozessen des zu beschaffenden Materials wird begleitet und zu beeinflussen gesucht.

Der Abbau der bürokratischen Hürden, wie sie im letzten Abschnitt erläutert wurden, verstärkt das Gewicht des Lobby-

ismus und präferiert Akteure, die bereits vernetzt sind. Insofern tragen die genannten Gesetzesänderungen auch dazu bei, die Grundtendenz des Ausbaus der Rüstungsindustrie und damit ihres gestiegenen (volkswirtschaftlichen) Gewichtes, zu verstärken, indem spezifische Akteure, nämlich die jetzt schon bereits größeren – namentlich kann auf das Beispiel Rheinmetall verwiesen werden – weiter aufgepöppelt werden. Es entsteht eine Spirale an Machtzuwachs, die wahlweise mal von dieser oder von anderer Seite angetrieben wird. Wobei, und dies dürfte für die Zukunft durchaus entscheidend sein, bestimmten Firmen und damit verknüpften Personen oder auch Personen aus dem politischen Betrieb eine Rolle im Agenda Setting zuwächst.

Es sind schon jetzt vielfach Investoren, die, in der Gewissheit, das richtige Produkt am Start zu haben, im öffentlichen Diskurs die „militärisch“, „technologisch“ oder auch „taktisch“ beste Strategie vorgeben, wie mit dieser oder jener Bedrohung umzugehen ist – Bedrohungen, die ggf. erst durch sie geschaffen wurden oder auf die sie als relevant hinweisen. Die selektive Berichterstattung aus Kriegen begünstigt dies.

Hier vereint sich nicht die Expertise zu einem bestimmten Gegenstand, sondern das Bedürfnis nach mehr Umsatz. Sollte die Bedrohungslage sich wieder entspannen, wird dieses Konstrukt einfach für neue Bedrohungen sorgen, wie Solty postuliert, oder aber neue Wege der Profitmaximierung finden. So wird die – unter anderem aufgrund von aktuellen Kapazitätsgrenzen der Rüstungsindustrie – eingeschlafene Debatte über Rüstungsexporte wieder aufflammen, sobald absehbar wird, dass der Grundstock der Bundeswehr wieder aufgefüllt und ein Krieg doch zu weit weg ist. Hier wird mit dem Argument des Erhaltens von Rüstungskapazitäten, die ein „Hochfahren der Rüstungsindustrie im Kriegsfall“ ermöglichen, darauf gedrungen werden, Exporte dieser Güter zu erleichtern.⁴⁷

Festgehalten werden muss, dass die sichtbaren Versuche der Bundesregierung und einiger Landesregierungen, die Landschaft der Rüstungsindustrie zu formen, von eben dieser auch genutzt werden, sich selbst in eine vorteilhafte Position zu rücken. Wie dies geht, kann man wiederum am Paradebeispiel Rheinmetall beobachten. Schon ein ZDF-Bericht aus dem Juni 2025 legte offen, dass Rheinmetall mit seinen Unterfirmen Aufträge für rund 42 Mrd. Euro aus dem ersten Sondervermögen erringen konnte.⁴⁸ Die US-Tagezeitung Politico berichtete dann im Herbst 2025 über eine Wunschliste des Militärs mit rund 320 Projekten und einem Gesamtwert jenseits der 377 Mrd. Euro.⁴⁹ Von diesen 320 Projekten sind nur 178 bereits einem Rüstungsunternehmen zugeordnet – davon dann erstaunliche 160 Projekte deutschen Rüstungsunternehmen. Der Name Rheinmetall wird im Zusammenhang mit 53 Projekten genannt – grober Wert: 88 Mrd. Euro. Und auch wenn bei vielen Projekten kein konkreter Zeithorizont hinterlegt ist, so ist dies doch eine mehr als komfortable Ausgangsbasis für eine zukünftige Expansion einer spezifischen Firma. Das Argument, Rheinmetall sei aufgrund seines Angebotes in diese Position gekommen, kann man widerlegen. Letztlich

dehnt sich das Unternehmen in die Richtungen aus, in denen es schon Zuschläge für Projekte erhält, ohne hierfür vorbereitet oder geeignet zu sein. Das Beispiel der Vergabe von Satelliten-Aufträgen an einen Panzerbauer, der mithilfe eines Startups aus Finnland einen Zuschlag über rund 3 Mrd. Euro erhält, sollte da zu denken geben.⁵⁰ Auch die jüngsten Ereignisse rund um die Beschaffung von Kampfdrohnen bzw. Looting Munitio (Wegwerfwaffen) von den Herstellern Stark, Helsing und eben wieder Rheinmetall, die mit einer komplett neuen Eigenentwicklung ins Rennen gegangen sind und nicht einmal einen Funktionstest vorlegen mussten, sind hier klare Signale, dass es mit dem „Wettbewerb“ nicht weit her ist.⁵¹ Hier kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Wunsch des Rheinmetall-Chefs Armin Papperger, ein internationales Schwergewicht im Rüstungsbereich zu schaffen, durchaus auch die Unterstützung der Beschaffungsbehörde, des Verteidigungsministeriums und des Militärs genießt.

Ausweitung des Militärischen

Ein Nebeneffekt dieser Entwicklung ist, wie am angeführten Beispiel des finnischen Startups deutlich gemacht werden kann, dass auch zivile Unternehmen aufgrund ihrer technologischen Expertise in die Rüstung hineingesogen und ihre eigenen ggf. sogar positiven Vorhaben militarisiert werden. Die hier benannte Firma Iceye hatte sich weit mehr in Bereichen der Umweltbeobachtung (Eisbewegung auf dem Meer, Abholzung von Regenwäldern) oder auch der Katastrophen-Vor- und Nachsorge (Detektion zerstörter Infrastruktur, Überschwemmungsanalyse) gesehen, als im Echtzeit-Monitoring von Truppenbewegungen und taktischer Detektion.

Die konsequente Ausdehnung von z.B. Rheinmetall, als einem der Kernunternehmen eines (zukünftigen) MIK, in andere europäische Staaten zeigt dabei zudem an, dass deutsche Militärtechnik auch angesichts ggf. sich wieder abschwächender Exportrichtlinien bald wieder uneingeschränkt weltweit verfügbar sein wird. Das ist gewollt, da andere Staaten, die sich ihrer bedienen, mittel- oder langfristig in (militärtechnologische) Abhängigkeiten zu Europa und Deutschland kommen.⁵² Auch hier ist der US-MIK eine Art Vorbild. Die technologische Abhängigkeit in Europa von spezifischen US-Rüstungsunternehmen aufzulösen und seinerseits Abhängigkeiten generieren zu können, ist Teil nicht nur einer Rüstungsagenda wie sie die Industrie vorantreibt, sondern auch in den Köpfen politischer Entscheidungsträger auf deutscher und europäischer Ebene. Dass hier insbesondere Rheinmetall mit seinen engen Verflechtungen in die USA und zu dortigen Unternehmen als Champion nicht zu taugen scheint, ist weniger ein prinzipieller Einwand, als ein lediglich zeitlich begrenzter.

Eine solche Dynamik wird insgesamt nicht zu einer kostengünstigeren Beschaffung führen, sondern diese Konzentration wird vor allem zu stabilen Renditen beitragen und den Rahmen politischer und militärischer Entscheidungen beeinflussen. Die deutsche Monopolkommission hat in einem State-

ment vom 23. April 2025 davor gewarnt, das Wettbewerbsrecht auszuhöhlen. „Wettbewerb ist nicht nur ein Luxusgut in Friedenszeiten – es ist das grundlegende Prinzip der europäischen Wirtschaftsordnung und zugleich der Motor für Innovation und Effizienz, auch in der Verteidigungsbeschaffung. [...] Ohne einen robusten Wettbewerbsrahmen [...] laufen wir Gefahr, starre Monopole zu schaffen, die unsere Sicherheitslösungen über Jahrzehnte hinweg beeinträchtigen.“⁵³

Die Festlegung auf die Aufrüstung an sich ist bereits eine negative Beeinflussung unserer Sicherheit in Deutschland, in Europa und darüber hinaus: Die Fixierung auf Waffen schränkt das Spektrum anderer Konfliktlösungen massiv ein. Nach der „Versicherheitlichung“ der 2000er Jahre folgt nun die „Militarisierung“ aller Aspekte des Lebens – mit besonders starken Akteuren in der Rüstungsindustrie, die eine Abkehr von diesem Pfad mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern suchen werden.

These 4: Die Rüstungsindustrie zu fördern bedeutet heute, einer gerechten Gesellschaft, dem ökologischem Umbau der Ökonomie und der Möglichkeit, die Folgen des Klimawandels zu bearbeiten, die Ressourcen zu entziehen – die Priorisierung von Sicherheit verunsichert die Zukunft der Menschen nicht nur in Deutschland. Dies ist auch der Hebel, mit dem sie zu kritisieren ist.

Der bereits erwähnte Beitrag in Politico mit seiner scheinbar aberwitzigen Summe von 377 Mrd. Euro für größere Rüstungsprojekte in den nächsten Jahren zeigt die Mentalität auf, in der man in Deutschland glaubt, den Grundstein für die „größte konventionelle Armee Europas“ (Merz) legen zu wollen: mit viel Geld und ohne Rücksicht auf andere Herausforderungen. „Whatever it takes“ wird, so vermutet es selbst der Bundesrechnungshof, zu einer „unwirtschaftlichen“ Mittelverwendung führen: „Die aufgrund der zusätzlichen Verschuldungsmöglichkeiten nahezu unbegrenzt verfügbaren Mittel dürfen aber nicht zu einer Grenzverschiebung bei der Wirtschaftlichkeit führen.“⁵⁴ „Aus einem sicherheits- und verteidigungspolitisch begründeten ‚Whatever it takes!‘ darf kein verwaltungsseitiges ‚Geld spielt keine Rolle!‘ werden.“⁵⁵ Einschränkend zu dem durchaus treffenden Zitat des Rechnungshofes sollte nicht verschwiegen werden, dass es diesem keinesfalls darum geht, die grundsätzliche Entscheidung des „so-viel-Geld-für-Rüstung“ in Frage zu stellen – ihm geht es um den effektiven Einsatz dieser Mittel. Die entscheidende Frage also, ob denn diese „Ausnahme“ hinreichend mit den genannten sicherheits- und verteidigungspolitischen Argumenten begründet ist, stellt sich der Bundesrechnungshof naturgemäß nicht. Umgekehrt kann es der Bevölkerung nicht egal sein, ob und wie viel Geld in der Rüstung versenkt wird.

Die gesellschaftlichen Herausforderungen in Deutschland und auch die Herausforderungen, denen sich nicht nur die Deutschen, sondern alle Bewohner dieses Planeten gegenübersehen, sind komplex und existenziell. Die Fragen des

Umgangs mit dem Klimawandel – namentlich der Erderwärmung – und die Beseitigung von Ungleichheiten müssten wesentlich dringender beantwortet werden, als die Frage, ob der Bergepanzer 11 oder 20 Mio. Euro kostet. Ein weiteres Hinauszögern einer sinnvollen Antwort auf die Klimaveränderung und die Vermeidung aller Schritte hin zu einer klimafreundlicheren Politik werden die Folgen dieser dann vorhandenen Klimakrise nur potenzieren. Das meint auch die Gefahr weiterer sozialer Spannungen – nicht nur lokal oder in Europa, sondern im globalen Ausmaß. Wenn dann die Antworten darauf nur Abschottung und militärische Eindämmung sind, sieht es mit einer friedlichen Zukunft schlecht aus.

Dass die Frage nach dem Umfang der Aufrüstung nicht gestellt wird, ja vielleicht sogar nicht gestellt werden kann, ist der eigentliche Defekt am demokratischen Prozess. Gefangen im Bedrohungsmuster eines vermeintlich oder tatsächlich geplanten russischen Angriffs und dem Argument, man müsse den Ausfall der US-amerikanischen Militärmaschine kompensieren, läuft ein jedes Regierungsnarrativ darauf hinaus, dass diese Aufrüstung alternativlos ist. Weder das Volumen, mit dem der russischen Bedrohung angemessen zu begegnen sei, steht zur Debatte, noch die Kompensation eines in seinem Umfang noch viel weniger hinterfragten US-Kriegsbudgets. Dieses Narrativ lässt auch die Reaktivierung des Kriegsdienstes alternativlos erscheinen. Ein Wehrdienst, von dem es bei seiner Aussetzung hieß, er wäre in seiner „Kürze“ nahezu nutzlos, da über das Festhalten am Gewehr hinaus in der kurzen Zeit kaum etwas militärisch „Nützliches“ zu vermitteln sei. Auch hier könnte man sagen, dass es beim „Neuen Wehrdienst“ nicht über die Bereitstellung von Kanonenfutter hinaus geht – er dient als Rekrutierung auf Bedarf. Soldaten dieser Art werden am Ende nicht in der Lage sein, die teuren und ausgefeilten Waffensysteme zu bedienen, die man für viel Geld anschafft.

Bezogen auf die Aufrüstung weicht der demokratische Prozess, der eigentlich sicherstellen soll, dass Steuergeld sinnvoll und bedarfsdeckend eingesetzt wird, ab. Im Prozess wird der „Bedarf“ als solcher nicht ermittelt, sondern postuliert. NATO-Planungen sind nicht nur intransparent – oder „geheim“ –, sondern bleiben selbst für die Eingeweihten unüberprüfbar. Der Geheimschutz dient dazu, jedwede Begründung für einzelne „Bedarfe“ zu umgehen – insofern wirkt sich der künstlich über die vielleicht auch nur unterstellte Bedrohung herbeigeredete Geheimhaltungsbedarf auch schädlich auf die öffentliche Debatte über den Umfang und den Inhalt der Aufrüstung an sich aus. Damit sind nur Militärs in die Bedarfserhebung involviert und der gesellschaftliche Aushandlungsprozess über die Priorisierung von Haushaltsmitteln wird übersprungen. Die langfristigen Festlegungen für den Haushalt entschwinden so auch aus dem Bewusstsein und der Verantwortung der Parlamentarier.

Angesichts der Herausforderungen abseits militärischer Bedrohungen entsteht ein Vakuum – zum Nachteil zukünftiger Generationen. Wer nicht einmal den Umfang des militäri-

schen Schutzes diskutiert, verliert jeden Gestaltungsspielraum – wer Problemlösung auf Granaten und Drohnen reduziert, verliert die Zukunft.

Endnoten

- ¹ Michael Brzoska, It's not the money, stupid! Die Hauptprobleme im Beschaffungswesen der Bundeswehr, Greenpeace-Studie, Hamburg 2022.
- ² Abbild gaben hier die von 2014 bis 2024 für den Bundestag erstellten Rüstungsberichte des BMVg, die projektbezogen Auskunft über den Stand von Beschaffung und Integration gaben – abzurufen auf den Seiten des Bundesministeriums der Verteidigung.
- ³ Ashok Kaul, Institut für Politikevaluation/FKA GmbH/Roland Berger GmbH, Automobile Wertschöpfung 2030/2025, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (Kurzfassung), 2020, S. 22.
- ⁴ Verband der Deutschen Automobilindustrie, Beschäftigungseffekte der Transformation, www.vda.de o.J..
- ⁵ Hier wäre hinzufügen, dass Rheinmetall inzwischen sein ziviles Geschäft komplett abstoßen möchte – was noch einmal mehr den realen Arbeitsplatzabbau in diesem Bereich verbergen wird.
- ⁶ Siehe hierzu auch Jörn Boewe, Kein Nobelpreis für Merz, Der Freitag, 16.10.2025.
- ⁷ Siehe Andreas Seifert, Schulterchluss Rüstung, Ausdruck 3/2024, S. 47-48.
- ⁸ Dennis Berger, Rüstungsindustrie als Jobmotor, ZDF, 28.2.2025.
- ⁹ Die Schreibweise mit dem Großen O und R am Ende erklärt sich aus den Gründern und Geschäftsführern Rürup und Ostwald.
- ¹⁰ WifOR Institute, Susanne Schubert, Julian Kippel, Quantifizierung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für den deutschen Wirtschaftsstandort, Berlin 2012. Der hier schon deutliche Überbietungswettbewerb um die Zahl der mit Rüstung Beschäftigten toppt interessanterweise Vera Gohla mit ihrem Beitrag für die Zeitschrift Internationale Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung, indem sie kurzerhand Stahl- und Rüstungsindustrie gleichsetzt und jedem Bereich einen Kern von 100.000 Mitarbeitern und jeweils weiteren 500.000 Arbeitsplätzen außerhalb zuspricht – leider ohne Beleg oder Erklärung (vielleicht, indem man die Soldaten der Bundeswehr mitrechnet?), IPG 27.11.2025.
- ¹¹ WifOR, Ebd., S. 6.
- ¹² Verband der deutschen Automobilindustrie, op. Zit, S. 21.
- ¹³ PwC (im Auftrag des BDLI), Auswirkungen der Tranche 4 des Eurofighter-Programms auf die deutsche Wirtschaft, Sozio-ökonomischer Beitrag der Eurofighter Tranche 4, 10/2023, S. 12.
- ¹⁴ Ebd., S. 9. – als kleines Schmäckerl sei erwähnt, dass PwC Sozialversicherungsbeiträge der Mitarbeiter und den Arbeitgeberzuschuss als „Steuern“ definiert, was immerhin rund 53% dieser Steuern ausmacht.
- ¹⁵ Branchenportrait: Deutsche Rüstungsindustrie: Eine Branche im Umbruch, iwd, 29.3.2022.
- ¹⁶ Das Thema ist, nachdem mit dem Beginn des Ukrainekrieges der Gesetzgebungsprozess für ein Rüstungsexportkontrollgesetz erst auf Eis und mit der neuen Regierung gestoppt wurde, tatsächlich noch in der Debatte, erfährt aber kaum öffentliche Aufmerksamkeit. Siehe auch weiter unten im Text.
- ¹⁷ SPD-Wirtschaftsforum/IG-Metall/BDSV, „Souveränität und Resilienz sichern, Industriepolitische Leitlinien und Instrumente für eine zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidi-

- gungsindustrie“ 2024, siehe hierzu Andreas Seifert, Schulterchluss Rüstung, IMI-Standpunkt 3/2024.
- ¹⁸ DekaBank/EY Unternehmensberatung, Wirtschaftliche Effekte europäischer Verteidigungsinvestitionen, Verteidigungspolitik ist Industriepolitik, Frankfurt 2025, S. 2.
- ¹⁹ Ebd., S. 15.
- ²⁰ Ebd., S. 16.
- ²¹ Ethan Ilzetzki, Guns and Growth: The Economic Consequences of Defense Buildups, Institut für Weltwirtschaft, Kiel Report No. 2, Feb. 2025. Die Studie liegt ebenfalls in deutscher Sprache vor: Die wirtschaftlichen Folgen steigender Militärausgaben – die Maschinenübersetzung ist in Teilen irritierend und nicht selten missverständlich.
- ²² Z.B. die eher allgemeinen Aussagen zu den Effekten von Forschungs- und Entwicklung oder die Aussagen zu Skaleneffekten und Lernkurven der Industrie, die den Charakter der Militärgüter schlicht nicht treffend erfassen: sinkende Stückkosten im Flugzeugbau der USA während des zweiten Weltkriegs sind kein Beleg für eine automatisch um sich greifende Effizienz der Rüstung allgemein.
- ²³ Siehe auch Jürgen Wagner, Militärausgaben und Sozialabbau, Rüstung statt Rente – Kanonen statt Butter, IMI-Studie Nr. 1b/2025, Juni 2025,
- ²⁴ Ethan Ilzetzki, op. Zit, S. 33 (deutsch), S. 36 (im englischen Original: “By setting spending targets, the objective becomes “getting the money out of the door”, which neither ensures the procurement of appropriate armaments nor incentivizes cost savings.).
- ²⁵ Guntram Wolff, Alexander Burilkov, Katelyn Bushnell, Ivan Kharitonov, Kriegstüchtig in Jahrzehnten: Europas und Deutschlands langsame Aufrüstung gegenüber Russland, Institute für Weltwirtschaft, Kiel Report Nr. 1, Sep. 2024.
- ²⁶ Ebd., S. 19.
- ²⁷ Tom Krebs, Patrick Kaczmarczyk, Wirtschaftliche Auswirkungen von Militärausgaben in Deutschland, Uni Mannheim, Jun. 2025.
- ²⁸ Ebd., S. 2.
- ²⁹ Ebd., S. 21/22.
- ³⁰ Bundeswirtschaftsministerium Pressemitteilung: Beraterkreis veröffentlicht Strategiepapier, 5.11.2025. Sowie: Lange/Obermann/von Sandrart/Schularick, Eine neue Strategie für Verteidigungswirtschaft, Technologieführerschaft und Wachstum, Berlin 5.11.2025.
- ³¹ Auch wenn an dieser Stelle nicht auf den Eingriff in das Bildungssystem eingegangen werden kann, sollte zumindest erwähnt werden, dass der bayerische Staatsgerichtshof inzwischen geurteilt hat, dass dies Gesetz zumindest in Punkto Einschränkung der Forschungsfreiheit und dem Kooperationszwang von Hochschule mit Bundeswehr für nichtig erklärt wurde. Regelung nichtig: Bayern darf Unis nicht zur Bundeswehr-Kooperation zwingen, beck-aktuell.de, 3.3.2026
- ³² Siehe auch: Andreas Seifert, Patriotismus und Ökonomie, Bayern macht die Militarisierung zum Gesetz, IMI-Analyse 7/2024.
- ³³ Laura Hülsemann, Bau Turbo, Munitionslager sollen auch gegen den Willen der betroffenen Kommunen gebaut werden, Welt, 10.10.2025.
- ³⁴ Siehe hierzu genauer Jürgen Wagner, Das Ende der Konversion, Ausdruck, 4/2025, S. 62-65.
- ³⁵ Andreas Seifert/Jürgen Wagner, Roter Teppich für die Rüstungsindustrie, Ausdruck, 2/2025, S. 22-25.
- ³⁶ Z.B. Tobias Zacher, Kampfjet oder Windrad: Sind die NRW-Pläne für Ökostrom in Gefahr?, wdr.de, 21.1.2026.
- ³⁷ Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg, Land erleichtert Bauvorhaben der Bundeswehr, Pressemitteilung 30.10.2025. „Vorhaben, die der Landesverteidigung dienen, sind im Sinne des Gesetzes alle An-

lagen, die unmittelbar der Landesverteidigung dienen wie zum Beispiel Gefechtsstände, Geschützstellungen, Funkanlagen, Flugplätze, Kasernen oder Versorgungslager. Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung können darunter aber auch zum Beispiel Wohnsiedlungen für Militärpersonen und ihre Angehörigen fallen, wenn eine räumlich-funktionale Zuordnung dieser Siedlungen zu bestimmten dienstlichen Einsatzorten des Militärpersonals besteht.“

³⁸ Gesetzesentwurf der Staatsregierung: Gesetz zur Förderung der Verteidigungsindustrie, 21.10.2025.

³⁹ In der Endversion soll das Gesetz Bundeswehr-Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz – BwPBBG heißen. Zum Gesetzgebungsprozess siehe die Webseite beim Bundeswirtschaftsministerium, sowie den dazugehörigen Kabinettsbeschluss. Das Gesetz selbst ist in seiner letzten Fassung vom 1.10.2025, Drucksache 21/1931.

⁴⁰ Katharina Seiler, Panzer Auftrag: FFG in Flensburg geht leer aus, NDR, 5.9.2025.

⁴¹ Siehe z.B. Christian Schweppe, Milliarden für Rüstungskonzerne, Wer am meisten von der Zeitenwende profitiert, ZDFheute.de, 25.6.2025.

⁴² Das soll an dieser Stelle nicht vertieft werden, exemplarisch sei aber auf das vom Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit herausgegeben Grünbuch Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 verwiesen.

⁴³ Auch das soll hier nur kurz angerissen werden – siehe als genauere Einstieg die bereits erwähnte Studie von Jürgen Wagner, Militärausgaben und Sozialabbau, 2025.

⁴⁴ Beispielhaft wäre dies deutlich zu machen am Protest gegen Rheinmetall im August 2025. Christoph Marischka, Kriegstüchtig: Der Kölner Kessel und die Berichterstattung, Ausdruck 4/2025, S. 30-32.

⁴⁵ Ingar Solty, Konjunkturspritze durch Rüstungsausgaben, Zeitung gegen den Krieg, Nr. 60, Herbst 2025, S. 6.

⁴⁶ Z.B. Philip Steeg, System of Systems, Ausdruck 3/2025, S. 26-30.

⁴⁷ Denkbar ist in diesem Zusammenhang auch, dass (dann) älteres Material von der Bundeswehr wiederum ins Ausland verkauft wird um neues Material bei der Industrie zu bestellen – der deutsche Staat als Waffenhändler im Kontext von sogenannten Government-to-Government Geschäften. Auch hier wurden erste Schritte Anfang 2026 unternommen um auf Seiten des BMvG die Voraussetzungen zu schaffen. Wilhelmine Stenglin/Gabriel Bub, Wie die Bundesregie-

rung deutsche Waffen verkaufen will, Table.Media 30.1.2026.

⁴⁸ Christian Schweppe, Ciara Cesaro-Tadic, Tim Gorbauch, Die Spur: Die Zeitenwende-Deals, 100 Milliarden für ein sichereres Deutschland, ZDF.de, 25.6.2025.

⁴⁹ Chris Lunday, Germany's new €377 B military wish list, Politico, 27.10.2025.

⁵⁰ FAZ, Rheinmetall vor Satelliten-Großauftrag der Bundeswehr, 24.10.2025. Anfang März 2026 wurde zudem bekannt, dass Rheinmetall sich mit den beiden Hauptkonkurrenten im Satellitenbau Airbus und OHB zusammengetan hat um ein Angebot für die Kommunikationssatelliten der Bundeswehr abzugeben und damit den gewünschten „Wettbewerb“ bereits vorweg genommen haben: Niklas Jan Engelking, SATCOMBw: Jetzt will auch Airbus ein Konsortium mit Rheinmetall und OHB, Heise-online, 7.3.2026.

⁵¹ Sven Astheimer/Jonas Jansen, Rüstungskonzern Rheinmetall an allen Fronten: Führt an Armin Papperger kein Weg vorbei?, FAZ, 3.11.2025. Inzwischen ist klar, dass auch die Rheinmetall-Drohne bis zu einer parlamentarischen Entscheidung einen Funktionstest durchlaufen muss – nach Abschluss des Vertrages ist zudem die eingehende Prüfung nach NATO-Standards vorgesehen, die ggf. zur Rückabwicklung des Vertrags führen kann, Lars Petersen, Chris Lunday, Bundeswehr will bei Helsing Drohnen kaufen — doch ein brisanter Bericht wirft Fragen auf, Welt, 28.1.2026. Zur Beschaffungsentscheidung im März 2026 siehe genauer: Tobias Pflüger, Kamikazedrohnen für die Bundeswehr, in Ausdruck 124, 1/2026, S. 60-61.

⁵² So wird der Ausbau der militärischen- und militärindustriellen Kooperation, sowie die Steigerung der Rüstungsexporte nach Indien unter anderem damit begründet, dass die „Abhängigkeit“ Indiens gegenüber Russland gelockert werden soll. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung, Rüstungsexportbericht 2025 der GKKE, Berlin 2025, insbesondere S. 14ff.

⁵³ Monopolkommission, Mehr Wettbewerb bei Rüstungsausgaben, Pressemitteilung, 23.4.2025. Das vollständige Statement: Why Competition Matters for Defence Spending, 23.4.2025.

⁵⁴ Bundesrechnungshof, Handlungsbedarf bei der Bundeswehr, Bericht §99 BHO, 27.5.2025, S. 10.

⁵⁵ Ebd. S. 24.

Information

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Ihre Arbeit trägt sich durch Spenden und Mitglieds-, bzw. Förderbeiträge, die es uns ermöglichen, unsere Publikationen kostenlos im Internet zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf.

Nähere Informationen wie auch Sie IMI unterstützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der Kreissparkasse Tübingen ist:

IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32

BIC: SOLADES1TUB



Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Hechingerstr. 203

72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154

Fax: 07071/49159

e-mail: imi@imi-online.de

web: www.imi-online.de

Der hier abgedruckte Text spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. wieder.